

Antrag

Initiator*innen: KV Wolfenbüttel/Salzgitter (dort beschlossen am: 28.04.2026)

Titel: **Kommunales Ehrenamt fair entlohnen –
Einheitliche Standards für
Aufwandsentschädigungen**

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen möge
2 beschließen:

3 Die Grüne Jugend Niedersachsen setzt sich gegenüber der Landtagsfraktion von
4 Bündnis 90/Die Grünen sowie der Landesregierung dafür ein, landesweit
5 einheitliche und verbindliche Standards für die Aufwandsentschädigungen
6 kommunaler Mandatsträger*innen zu schaffen.

7 1. Landesweite Mindeststandards einführen

8 Wir fordern die Einführung verbindlicher Mindeststandards für
9 Aufwandsentschädigungen in kommunalen Vertretungen, die sicherstellen, dass
10 politisches Engagement unabhängig vom Wohnort angemessen honoriert wird.

11 Diese Standards sollen insbesondere:

12 -eine existenzielle Absicherung des Ehrenamts gewährleisten

13 -soziale Ungleichheiten beim Zugang zu kommunalpolitischem Engagement abbauen

14 -die Vereinbarkeit von Mandat, Beruf und Familie verbessern

15 2. Ungleichheiten zwischen Kommunen abbauen

Derzeit bestehen erhebliche Unterschiede in der Höhe der Aufwandsentschädigungen zwischen niedersächsischen Kommunen.

Diese Ungleichheit führt dazu, dass:

- politisches Engagement je nach Wohnort unterschiedlich wertgeschätzt wird

- Menschen mit geringem Einkommen strukturell benachteiligt werden

- kommunale Mandate für viele faktisch unzugänglich bleiben

Diese Unterschiede wollen wir deutlich reduzieren.

3. Transparente und nachvollziehbare Regelungen

Wir fordern ein landesweites System, das:

- klare Berechnungsgrundlagen für Entschädigungen definiert

- Faktoren wie Einwohnerzahl, Arbeitsaufwand und Verantwortung berücksichtigt

- regelmäßig überprüft und angepasst wird

Begründung

Kommunalpolitisches Engagement ist ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie. Dennoch erfolgt es überwiegend ehrenamtlich und unter sehr unterschiedlichen Bedingungen.

Während einige Kommunen vergleichsweise angemessene Aufwandsentschädigungen zahlen, erhalten Mandatsträger*innen in anderen Kommunen nur sehr geringe Beträge.

Diese Ungleichheit steht im Widerspruch zu dem Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse und demokratischer Teilhabe.

Wer sich kommunalpolitisch engagiert, übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft. Dieses Engagement darf nicht davon abhängen, ob man es sich leisten kann.

Einheitlichere Aufwandsentschädigungen sind daher ein wichtiger Schritt:

-zur Stärkung der kommunalen Demokratie

-zur Förderung von Vielfalt in den Räten

-zur Anerkennung ehrenamtlicher politischer Arbeit

Demokratie darf keine Frage des Geldbeutels sein.